

Die USA und die EU-Kommission haben das Ziel, ein Freihandelsabkommen(TTIP-Transatlantic Trade and Investment Partnership) zu installieren. Die Verhandlungen dazu sind Geheimverhandlungen. Hat da jemand etwas zu verbergen? Offensichtlich, denn es geht um viel.

Der Abbau von Zöllen spielt bei den Verhandlungen nur eine nebensächliche Rolle. Wichtiger ist die Angleichung von Standards. Verhandelt wird zum Beispiel über Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz, sowie Finanzmarktregeln. Die möglichen Folgen der Abkommen reichen von einem Unterlaufen sozialer Standards und Finanzmarktregeln bis hin zur Zulassung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel und der Ausweitung des umweltschädlichen Frackings zur Erdgasgewinnung.

Durch so genannte Investitionsschutz-Kapitel sollen ausländische Banken und Konzerne künftig neue eigene Klagemöglichkeiten in privaten Schiedsgerichtsverfahren erhalten. Diese würden als scharfe Waffen gegen demokratisch herbeigeführte Entscheidungen eingesetzt. Bestehende Rechtssysteme würden unterlaufen; Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssten milliardenschwere Entschädigungen an internationale Investoren zahlen.

Hinter dem vorgehaltenen vermeintlich positiven wirtschaftlichen Wachstums verbergen sich dagegen schwerwiegende Folgen für Demokratie, soziale Rechte, Verbraucherschutz und Umweltstandards.